



⇒ Frank Nullmeier

Unterwegs zu einer vergleichenden Diskursgeschichte der Sozialpolitik. Daniel Béland und Klaus Petersen über die internationale Entwicklung der Sprache der Sozialpolitik

Der vorliegende Band stellt die erste Buchpublikation zur international vergleichenden Analyse von Sprache und Begrifflichkeit der Sozialpolitik dar. Den Herausgebern Daniel Béland und Klaus Petersen ist eine Pionierleistung gelungen, die nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Die Begrenzung auf Vergleiche zwischen zwei oder drei Ländern wird ebenso überwunden wie die Beschränkung auf bestimmte historische Phasen in der Entwicklung des Sozialstaats. In fünfzehn Beiträgen werden die nationalen Begriffsverständnisse von Sozialpolitik und Wohlfahrts-/Sozialstaat seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts für Länder aus dem OECD-Bereich (Dänemark und Schweden, Ungarn und Polen, Großbritannien, Frankreich, Finnland, Deutschland, Japan, Südkorea, die Niederlande, Neuseeland, Spanien und die USA) sowie für regionale und internationale Organisationen (EU, OECD, Weltbank und IWF) mit einem gewissen Schwergewicht auf der Zeit nach 1945 vorgestellt.

Wie aus dieser Liste schnell zu ersehen ist, liegt keine Gesamtübersicht vor, was bei einem ersten Anlauf nicht verwundern darf. So wird bei den internationalen Organisationen die ILO nicht behandelt, und bei den Ländern, selbst wenn man sich auf die entwickelten Wohlfahrtsstaaten konzentrieren will, fehlen Norwegen, Portugal, Italien und Griechenland, Australien, Kanada, Österreich, die Schweiz, Belgien, Luxemburg und die meisten ostmitteleuropäischen Staaten. Auch wenn die Auswahlgründe für die Einzelbeiträge und die von den Herausgebern angegebene Unterscheidung zwischen den ersten fünf Texten als zentralen Beiträgen und den folgenden zehn als Fallstudien nicht wirklich überzeugen mag und die Anordnung und Reihen-

folge der Artikel doch eher beliebig erscheint, wird hier eine bisher nicht bekannte Fülle von Einzelanalysen zur Semantik der Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaatlichkeit vorgelegt. Die Beiträge von ForscherInnen aus den Fä-

Daniel Béland / Klaus Petersen (Hg.) (2015): *Analysing Social Policy Concepts and Language. Comparative and Transnational Perspectives*, Bristol / Chicago: Policy Press. 272 S., ISBN 978-1-4473-0643-6, USD 42.95.

DOI: 10.18156/eug-2-2016_Rez_1

chern Geschichtswissenschaft, Soziologie und Politikwissenschaft werden durch eine jeweils von den beiden Herausgebern stammende Einführung (1–11) und eine kurze Zusammenfassung am Ende begleitet (297–311).

⇒ Begriffsgeschichte des ›welfare state‹

Die international vergleichende Forschung zu sozialpolitischen Fragen nutzt in Soziologie und Politikwissenschaft zur Kennzeichnung der Gesamtheit und des oft recht heterogenen Konglomerats sozialpolitischer Institutionen, Maßnahmen und Regelungen den Terminus ›welfare state‹. In der akademischen Forschung ist dieser Begriff allgemein als analytischer Grundbegriff akzeptiert, der in seinem normativen Kern nur dann zur Geltung gebracht wird, wenn es um Länder mit lediglich rudimentären sozialpolitischen Regelungen oder um hochautoritäre Diktaturen mit aktiver Sozialpolitik geht. Diesen beiden Regime-Typen wird der Terminus ›welfare state‹ verweigert, weil er nicht nur ein gewisses Niveau an Sozialleistungen, sondern auch einen demokratisch-normativen Anspruch der öffentlichen Sorge für die Sicherung sozialer Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten der Betroffenen voraussetzt.

In vielen Ländern, die nach akademischen Maßstäben das Prädikat Wohlfahrtsstaat verdienen, wird der Begriff aber auch heute noch in der politischen Öffentlichkeit eher vermieden. Zu sehr vermittelt er das Bild eines alles allumsorgenden und bevormundenden Staates, eines ›nanny state‹ oder ›Versorgungsstaates‹. Die jeweilige landessprachliche Formulierung für ›welfare state‹ ist mithin politisch strittig. In einzelnen Fällen wechseln sich Zeiten eines eher neutral-deskriptiven Gebrauchs mit Zeiten einer überwiegend pejorativen Verwendung ab. Auch steht die Bezeichnung ›Wohlfahrtsstaat‹ keineswegs am Anfang der Entwicklung; sie ist ein eher spätes Produkt. Anfangs dominierte der Einfluss der deutschen Terminologie von ›Soc(z)ialpolitik‹ und ›Sozialversicherung‹. Auch der Siegeszug des demokratisch-marktwirtschaftlichen Konzeptes von Wohlfahrtsstaatlichkeit in den späten 1930er und 1940er Jahren erfolgte nicht unter dem Banner der Schaffung eines ›welfare state‹. Vielmehr war es der in den USA unter Roosevelt entfaltete Begriff der ›social security‹, der nach 1945 auch über die Vermittlung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) einen sehr hohen Verbreitungsgrad erreichte und den Durchbruch entfalteter Sozialprogramme in vielen westlichen Ländern begleitete. Es ist bedauerlich, dass der grundlegende Aufsatz zum Durchbruch und zur internationalen Diffusion der ›sozialen Sicherheit‹

von Franz-Xaver Kaufmann (Kaufmann 2001), der im Juni 2012 in erweiterter Form erneut in englischer Übersetzung erschienen ist (in: Franz-Xaver Kaufmann 2012, 133-145), in diesem Band nicht mit herangezogen wird. Leider behaupten die Herausgeber im Schlusskapitel sogar, dass eine Studie zum Begriff ›social security‹ immer noch fehle (vgl. 298). Aber das macht nur deutlich, in welchem Maße die international vergleichende Sozialpolitikanalyse noch in nationalen Rezeptionszirkeln ge- und befangen ist.

Der englischen Sozialpolitik der Nachkriegsjahre 1945 bis 1949 wird allgemein zugesprochen, Motor der internationalen Verbreitung der ›welfare state‹-Terminologie gewesen zu sein. *Daniel Wincott* zeigt aber in seinem Beitrag – auch mit Bezug auf die wichtige Studie von Klaus Petersen und Jørn Henrik Petersen aus dem Jahre 2013 (vgl. Petersen/Petersen 2013) –, dass der Wohlfahrtsstaatsbegriff in Großbritannien gerade nicht in der direkten Nachkriegszeit verwendet wurde, wohl aber zuvor in den 1920er Jahren. Seinen Durchbruch erlebte er international erst in den 1950er Jahren: Erst nach dem Ende der Labour-Reformperiode, die noch ganz im Zeichen von ›social security‹ stand, setzte sich der Begriff durch, in eher defensiver Absicht und außerhalb der Sozialverwaltung selbst. Und im akademischen Diskursraum war es auch nicht T. H. Marshall, der dem Begriff zum Durchbruch verhalf – er nutzte ihn gar nicht.

Dass der Begriff ›Wohlfahrtsstaat‹ seine Ursprünge vor allem bei den deutschen Kathedersozialisten (insbesondere Adolph Wagner) vor der Jahrhundertwende hatte, ist zwar richtig, auch wenn es nur zu einer eher vereinzelt Nutzung dieses Begriffs kam, den Klaus Petersen und Jørn Henrik Petersen in ihrem bereits angeführten Aufsatz sogar bis auf das Jahr 1848 zurückverfolgen können. Jedenfalls hat gerade dieser Begriff sich nicht als deskriptive oder positiv normative Kennzeichnung für die sozialpolitischen Programme in Deutschland durchgesetzt, sondern erst der nach 1945 etablierte Terminus ›Sozialstaat‹. Dem ›Wohlfahrtsstaat‹ kam dagegen die Funktion zu, die negative Seite eines überbordenden Sozialstaates zu bezeichnen: der ›Wohlfahrtsstaat‹ als zu fürchtender Rundum-Versorgungsstaat. Diese negative Verwendungsweise gilt auch für die USA, wie *Jennifer Klein*, *Daniel Béland* und *Klaus Petersen* (277–295) beschreiben, und für Japan, so der Beitrag von *Toshimutu Shinkawa* und *Yuki Tsuji* (193–210). Politiker in den USA und Japan können das Wort ›welfare state‹ bis heute nicht benutzen, ohne sich um ihre Wahlchancen zu bringen. Während ›social security‹ als Institutionenbezeichnung fungiert, werden alle Zusammensetzungen mit ›welfare‹ (auch in Japan) allein mit Grund- und Armutssicherung assoziiert. Zudem wirkt der

von Charles Murray in den 1980er Jahren (vgl. Murray 1984) vehement vorgetragene Angriff auf die ›welfare dependency‹ nach. Der ›welfare state‹ kann aber auch als eine allzu idealistische Konstruktion erscheinen; dann ist er nicht eine bürokratische Gefahr, sondern ein Ideal, das aus ökonomischen Gründen (noch) nicht zu realisieren ist, so etwa bei *Huck-ju Kwon* in seinem Beitrag über Südkorea (211–227). In Japan sind positiv besetzte Gegenbegrifflichkeiten wie der ›familial state‹ oder die ›welfare society‹ bedeutsam, ebenso wie ›social support‹, die allesamt den Wohlfahrtsmix betonen und nicht die Staatlichkeit der Sozialpolitik. Auf den Begriff ›welfare society‹ stützte sich zeitweise auch die OECD in ihrer Programmentwicklung, auf deren interne Umstrittenheit der Beitrag von *Rianne Mahon* aufmerksam macht (81–100). Aber nicht nur der ›welfare state‹, auch die ›social policy‹ kann in Verruf geraten, wie der Beitrag von *Zsófia Aczél, Dorota Szelewa* und *Dorottya Szikra* zu den Entwicklungen in Polen und Ungarn deutlich macht (35–57). Mit dem Zusammenbruch des Sozialismus war dort auch alles, was ›sozial‹ hieß, diskreditiert. Die Diskurse wurden entsprechend vom wirtschaftsliberalen Vokabular beherrscht, wobei bis heute stark zwischen Sozialversicherungen einerseits und Sozialpolitik als Armutspolitik andererseits unterschieden wird.

Erweitert man den Blick auf weitere Länder, so finden sich oft die zuerst in Deutschland, Großbritannien oder den USA entfaltenen Begrifflichkeiten bzw. die nationalsprachlichen Äquivalente von ›welfare state‹ oder ›social security‹, aber die Positionierung dieser Termini im Gesamtgeflecht einer politischen und sozialpolitischen Sprache kann eine ganz andere sein. Der Beitrag von *Pauli Kettunen* (157–175) zeigt sehr schön, dass bereits die Grundlagen einer begrifflichen Fassung von Sozialpolitik anders aussehen, wenn wie in Finnland ein einziger Terminus für Gesellschaft und Staat zugleich verwendet wird, die Staat-Gesellschaft-Unterscheidung also nie jene Signifikanz erreicht, die für die deutsche, im Banne Hegels stehende Tradition typisch ist. Zugleich kann mit Differenzierungen, die stärker sind als die Unterscheidungen von ›societal‹ und ›social‹ bzw. ›gesellschaftlich‹ und ›sozial‹ eine Akzentuierung in die Debatte hineingetragen werden, die im deutschen oder englischen Sprachraum schwer nachzuvollziehen ist. Dass auch Mischungen zwischen der Rezeption internationalisierter Semantiken und der Beibehaltung eines nur in der eigenen Nationalsprache auftretenden Begriffs möglich sind, zeigt *Daniel Béland* für Frankreich (143–156): Während sich ›social security‹ als ›sécurité sociale‹ durchsetzen konnte, blieb dem ›welfare state‹ diese Übernahme verwehrt. Der Terminus ›État-providence‹ bildet

das französische Gegenstück zum Wohlfahrtsstaat, nährt aber deutlich divergierende Vorstellungen. Den historischen Wandel einer nationalen sozialpolitischen Sprache seit den Anfängen moderner Sozialpolitik im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bildet der Artikel von *Nils Edling*, *Jørn Henrik Petersen* und *Klaus Petersen* über Dänemark und Schweden vielleicht am umfassendsten ab (13–34). Sie zeigen, dass ›Sozialpolitik‹ vom Deutschen ins Schwedische und Dänische schon im 19. Jahrhundert übernommen wurde. Der ›welfare state‹ erhielt bereits vor seinem Auftreten als Wort schon in den 1930er Jahren einen schlechten Ruf als Versorgungsstaat, wurde nach 1945 dann aber eher problemlos akzeptiert. Für die Legitimation einer expansiven Sozialpolitik war die Übernahme des Begriffs ›*hjemmet*‹ (Heim) aus dem stark von der Philanthropie geprägten sozialen Dienstleistungssektor ausschlaggebend. Er symbolisierte eine weniger staatszentrierte Sicht auf Sozialpolitik, verbunden mit einem hohen Grad an Emotionalität, so dass seit 1928 das ›*folkhem*‹ zum Markenzeichen des nordischen Wohlfahrtsstaates werden konnte.

⇒ Sekundäre Begriffe

Der Band widmet sich aber nicht nur der Entwicklung dieser basalen Gegenstandsbezeichnungen, die von den Herausgebern als ›*first concepts*‹ bezeichnet werden. Daneben werden Wertbegriffe wie ›Solidarität‹, ›Gleichheit‹, ›Freiheit/Wahlfreiheit‹ und ›(soziale) Gerechtigkeit‹ thematisiert und sozialpolitische Programmatiken wie ›Aktivierung‹, ›investiver Sozialstaat‹, ›*workfare*‹ oder ›*flexicurity*‹ in den Blick genommen. Einige Artikel verfolgen die Geschichte dieser ›*secondary concepts*‹, insbesondere der Programmbegrifflichkeiten (die Erörterung der Wertbegrifflichkeit kommt in den meisten Artikeln eher zu kurz oder erfolgt nur sporadisch) in sehr enger Anlehnung an die Semantiken der jeweiligen Regierungen. Die begriffliche Analyse nähert sich damit stark dem Nachvollzug der Policy-Entwicklung. Programmdarstellung und Semantikanalyse gehen fast ineinander auf. Mit einer solchen Regierungspolitik-nahen Semantikanalyse ist eine hinreichende Diskursbeschreibung aber nur in dem Grenzfall geliefert, dass keine gesellschaftlichen Arenen existieren, in denen begriffliche Varianten oder Alternativen zur Regierungspolitik erörtert werden. Sobald von der Opposition oder der Zivilgesellschaft getragene Sozialpolitikdiskurse hinzutreten, die terminologische Parallelwelten zur offiziellen Regierungssemantik entfalten, sind diese Traditionslinien in die Analyse mit einzubeziehen. Auch die Selbstbeobachtung der So-

zialwissenschaften, speziell der Sozialpolitikforschung, muss Teil der Sprachuntersuchung sein.

Übernimmt die sozialpolitische Forschung die Terminologie der Regierungseliten und Bürokratien der internationalen Organisationen oder prägt sie diese? Kommt es zu einer Sprachsymbiose von Wissenschaft und Exekutiven oder setzt sich die Sprache der Sozialpolitikforschung kritisch ab von den Formulierungen der politischen Eliten? In den Länderberichten, die stärker der Entwicklung der Regierungs-Semantik folgen, finden sich – so könnte man auf den ersten Blick glauben – kaum überraschende Darstellungen: Die Formeln für Programmkonzepte (›*activation*‹, ›*social investment*‹, ›*flexicurity*‹) sind nur zu bekannt und international weit verbreitet. So ist Spanien ein Beispiel für die Entwicklung eines Bismarckschen Sozialstaatssystems in faschistischen Diensten, das nach 1975 weitgehend auf die Linie der EU-Semantik einschwenkt, so *Anna M. Guillén* und *David Luque* in ihrem Beitrag (263–276). Für diese Programmbegriffe ist typisch, dass sie sich der Übernahme einer nationalsprachlichen Neuerung durch EU oder OECD verdanken und von dort in die Mitgliedsstaaten diffundieren, wie in diesem Band am Beispiel des zuerst in Frankreich wirksamen Begriffs ›*exclusion*‹ belegt wird (143–156). Konfrontiert man diese Darlegungen jedoch mit der Entwicklung in Neuseeland, über die *Neil Lunt* berichtet (247–262), so erscheint wiederum eine bekannte Geschichte: die vom Wandel einer Politik der ›*social security*‹ zu neoliberalen Konzepten der ›*self reliance*‹, der ›*social responsibility*‹ und des ›*third way*‹. Die Distanz dieses ausgeprägt neoliberalen Sprachstils zu den EU-Terminologien und selbst zu den Sprachentwicklungen in EU-Ländern, die dem Neoliberalismus breiten Raum gegeben haben, ist jedoch nicht zu verkennen. Ein vergleichender Blick auf die länderspezifischen Ungleichzeitigkeiten in der Übernahme und Akzentuierung der präferierten Sprachfiguren des Neoliberalismus kann die innere Heterogenität dieser Ideologie- und Politikbewegung deutlicher aufzeigen. Es gibt durchaus feine nationale Unterschiede in der Aufnahme des neoliberalen Diskurses.

⇒ In einer Sprache über viele Sprachen sprechen

Die international vergleichende Forschung zur sozialpolitischen Begrifflichkeit nutzt als Medium der Verständigung die englische Sprache. Dabei treffen jedoch mehrere Universen innerhalb einer Sprache aufeinander. Die englischen Begriffe verkörpern zunächst den terminologischen Bestand der internationalen Sozialpolitikforschung. Sie können aber auch feinere Bedeutungen markieren, die in der engli-

schen, amerikanischen etc., jedenfalls nationalen Sozialpolitik stärker verwurzelt sind. Und sie können schließlich auf dasjenige Bezug nehmen, was in internationalen Organisationen diskutiert wird. Das Englisch der internationalen politischen Eliten, Bürokratien und Expertenzirkel bildet mithin einen dritten Bezugshorizont. Entsprechend gibt es auch mindestens drei Übersetzungskontexte in Nationalsprachen jenseits des Englischen: die Übertragung aus internationalen wissenschaftlichen Diskursen, die Rezeption der nationalen Debatten in englischsprachigen Ländern und die Überführung der Terminologie der internationalen Organisationen. Und dies alles ebenso in umgekehrter Richtung. Dass dabei Unschärfen, Bedeutungsverschiebungen, Missverständnisse oder gar Fehler auftreten können, versteht sich von selbst und macht den Begriff der ›Übersetzung‹ problematisch. *Jean-Claude Barbier* (59–79) ist hier der hellstichtigste Autor, wenn er am Beispiel der dänischen Frühverrentungspolitik auf problematische Übertragungen ins EU-Englisch und die Heterogenität der sprachlichen Entwicklung auf globaler Ebene hinweist (›*international Englishes*‹).

Auf der Produktionsseite sozialpolitischer Begrifflichkeiten kommen eine Vielzahl von Akteuren in Betracht: internationale und nationale politische Eliten, europäische und nationale Bürokratien, stärker in der nationalen Politikberatung engagierte Wissenschaftler und Expertenzirkel im Kontext der großen internationalen Organisationen. Alle diese Beiträge wären in einer historisch und international vergleichenden Analyse der Sprache der Sozialpolitik mit ihren wechselseitigen Beeinflussungen zu würdigen, sicherlich eine Überforderung selbst für einen so weit gespannten Sammelband. Trotz etlicher treffender Einzelanalysen spielen Sprachdifferenzen und sprachliche Übernahmen bzw. Anpassungen in diesem Band jedoch nicht die ihnen zukommende Rolle. Die AutorInnen der Länderberichte halten sich oft an die informelle Regel, in englischsprachigen Publikationen nur englischsprachige Artikel über ihr Land zu zitieren. Gerade in Studien, die sich der Semantik widmen, ist es aber durchaus Aufgabe komparativer Forschung, das nationale Sprachuniversum (und dessen wissenschaftliche Erforschung in der jeweiligen Nationalsprache) dem internationalen Wissenschaftspublikum in englischer Sprache zugänglich zu machen, Hinweise auf die originären Formulierungen zu präsentieren und damit den begrifflichen Horizont aller Beteiligten zu erweitern.

⇒ Theorie und Methode

Zwar finden sich länderspezifisch und auch in Vergleichen zwischen wenigen Staaten viele Arbeiten zur sozialpolitischen Sprache. Auch einzelne Begriffe sind bereits vergleichend ausgeleuchtet worden, doch eine Tradition der globalen ›Ideen- und Begriffsgeschichte‹ einer Policy hat sich bisher noch nicht herausgebildet. In der Breite der bearbeiteten Begriffe kommt der von *Stephan Lessenich* herausgegebene Sammelband *Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe* (vgl. Lessenich 2003) dem hier vorliegenden Unternehmen am nächsten, doch dominierte in diesem Band aus dem Jahre 2003 das Interesse an der normativen Einordnung von Begriffsverschiebungen (das gilt auch für Stephan Lessenichs Beitrag zu Deutschland in diesem Band, 177–191) – und die vergleichende Dimension fehlte weitestgehend. Gerade die Forschungen zur Europäisierung und zur Diffusion von Sozialpolitiken in horizontaler (zwischen Ländern) und vertikaler Dimension (zwischen Staaten und internationalen Organisationen) haben die Auseinandersetzung über sozialpolitische Begrifflichkeiten bereichert. Seitdem hat auch eine ideen- und wissenszentrierte Policy-Forschung gerade im angelsächsischen Bereich deutlich an Boden gewonnen. Und die Zuwendung zu internationalen Organisationen als Akteuren in der Sozialpolitik hat eine eigene Analysetradition, die Diffusionsforschung, hervorgebracht, die sich mit der internationalen Verbreitung von sozialpolitischen Instrumenten, aber auch von Begriffen und Programmatiken beschäftigt. Dies alles bildet den theoretischen Hintergrund etlicher Beiträge.

Die in der Einleitung der Herausgeber hervorgehobene Literatur zur Begriffsgeschichte in der Tradition von Reinhart Koselleck und der Cambridge School findet dagegen in den Einzelbeiträgen keine Beachtung. Bis auf den Artikel von *Jean-Claude Barbier* (59–79), der die französische Tradition ideengeleiteter Policy-Analyse (Bruno Jobert und Pierre Muller) anführt, arbeiten die Einzelbeiträge weitgehend ohne Bezüge zur Theorie der Begriffs- und Ideengeschichte bzw. zu Konzepten ideenzentrierter Policy-Analyse. Dieses konzeptionelle Defizit macht sich besonders dort bemerkbar, wo zwischen verschiedenen Ebenen oder Arenen des Diskurses klarer unterschieden werden müsste. Die Sprache der Regierung muss nicht der Sprache der Opposition oder der Zivilgesellschaft entsprechen, die Terminologie der Sozialverwaltungen nicht der der Publizistik oder der Wissenschaft. Und wie wiederum *Barbier* zeigt, können aufgrund hoher Spezialisierung mehrere Diskursarenen innerhalb einer Bürokratie nebeneinander mit differierenden Terminologien entstehen. Aber es tre-

ten auch begriffliche Nähen zwischen zunächst sehr unterschiedlichen Arenen auf, so etwa zwischen der EU-Bürokratie und einer EU-nahen Sozialpolitikforschung.

Dieser konzeptionellen Schwäche entspricht ein Defizit in der methodischen Vorgehensweise. Nur selten werden in den Einzelbeiträgen die Zugänge zum Material näher erläutert. Archivstudien und detailliertes Studium älterer Literaturbestände bilden für einige AutorInnen den Zugangsweg. Die Analyse von Regierungsreden und Wahlprogrammen (*Kees van Kersbergen* und *Jaap Waldendrop* zu den Niederlanden, 229–246), Wort-Auszählungen von Parlamentsprotokollen (*Toshimoto Shinkawa* und *Yuki Tsuji* für Japan, 193–210) oder die Lektüre einer Vielzahl von Dokumenten unterschiedlicher Quellen prägen eine andere Gruppe von Artikeln. Unterschiedliche Diskursarenen und unterschiedliche Formen der Datenverfügbarkeit verlangen unterschiedliche Vorgehensweisen. Ein Forschungsprogramm müsste genau diese Fragen beantworten können, um die Vergleichbarkeit der Aussagen zu verschiedenen Arenen zu sichern. Wie im abschließenden Artikel der Herausgeber zu den Aufgaben zukünftiger Forschung richtig beobachtet, kann die Nutzung fortgeschrittener Methoden der computergestützten Textanalyse für bestimmte Textkorpora ein weit systematischeres Vorgehen ermöglichen als dies bisher und in diesem Band möglich war.

Jenseits der Erhebung der politischen Semantik und ihrer Wandlungen wäre aber auch die Erklärung der sprachlichen Entwicklung stärker zu systematisieren. Bisher hat sich die Forschung meist auf die Frage konzentriert, ob ›Ideen‹ einen eigenständigen Faktor zur Erklärung materialer Sozialpolitik darstellen. Umgekehrt ist ebenso zu fragen, warum überhaupt sprachliche Wandlungen im politischen Raum eintreten. Ist dies auf ein Wissen um bessere Vermarktungsmöglichkeiten bei den Regierungen zurückzuführen, auf Interessen bestimmter Akteure, die Begriffspolitik betreiben und neue Termini platzieren möchten? Oder ist es eher ein Nachahmungsverhalten, das sprachliche Modetrends aufnimmt oder sich den neuesten semantischen Gepflogenheiten der europäischen und internationalen Organisationen anpasst, um sich dafür etwas weniger den inhaltlichen Vorgaben und Empfehlungen fügen zu müssen? Das alles wird in diesem Band erst vereinzelt berührt und harret der näheren Untersuchung im Rahmen einer konsequent vergleichenden Begriffs-, Ideen- und Diskursgeschichte der Sozialpolitik.

Einen Schritt darüber hinaus unternimmt *Antje Vetterlein* in ihrer Studie zur sozialpolitischen Sprache in Dokumenten der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds seit den 1970er Jahren (101–

125). Sie dokumentiert nicht nur, sie evaluiert die Sprachentwicklung per Abgleich mit den eingesetzten politischen Instrumenten über den Zeitraum von über 40 Jahren. Ihr Ergebnis: Es sei trotz aller sprachlichen Wandlungen und Programmumbenennungen seit den 1970ern eine große Kontinuität der Maßnahmen zu verzeichnen – bei allerdings zunehmender Tendenz, die Verantwortung für Armut und Unterentwicklung den betreffenden Ländern zuzurechnen. Die vielfältigen Semantikwandlungen sind mit dieser eher kontinuierlichen materialen Politik aber nicht in Einklang zu bringen. Erweist sich Semantik am Ende als bloßes Marketing? Bevor diese wertende Konsequenz gezogen wird, sollte die Forschung sich noch genauer der Erklärungsfrage widmen: Warum wandelt sich politische Sprache, warum übernehmen internationale Organisationen und staatliche Regierungen neue Termini, warum tun sie es manchmal aber auch nicht? Die Antworten auf diese Fragen könnten eine Selbstrelativierung der Semantikforschung als bloßem Ableger der Marketingforschung vielleicht verhindern.

Der Sammelband eröffnet die internationale Debatte zu diesem speziellen, aber hochspannenden Thema, bietet jedoch selbst noch kein wirkliches Forschungsprogramm. Die Eingriffe der Herausgeber in Anlage und Komposition der einzelnen Artikel sind dazu zu zaghaft, ihr Einleitungs- und Schlusskapitel zu wenig prononciert. Weder bei der Auswahl der sozialpolitischen Kernbegrifflichkeiten noch bei der Entscheidung für einen Untersuchungszeitraum sind Vereinheitlichungen erfolgt. Es ist aber zunächst wichtig, überhaupt diese Breite an Beiträgen zu erreichen und so viele Forscherinnen und -forscher für diesen Aspekt der Sozialpolitik zu begeistern. Der Dank für diesen enorm anregenden Auftakt einer hoffentlich bald intensiv fortgesetzten Forschungsrichtung gilt den beiden Herausgebern.

⇒ Literaturverzeichnis

Kaufmann, Franz-Xaver (2001): Social Security, in: Smelser, Neil S./Baltes, Paul B. (Hg.): International Encyclopedia of the Social and Behavioral Sciences, Vol. 21, Amsterdam: Elsevier Publishers, 14435-14439.

Kaufmann, Franz-Xaver (2012): European Foundations of the Welfare State, translated by John Veit-Wilson, New York / Oxford: Berghahn Press.

Lessenich, Stephan (2003) (Hg.): Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse, Frankfurt/M. / New York: Campus.

Murray, Charles (1984): Losing Ground: American Social Policy, 1950–1980, New York: Basic Books.

Petersen, Klaus / Petersen, Jørn Henrik (2013): Confusion and Divergence: Origins and Meanings of the Term ›Welfare State‹ in Germany and Britain, 1840–1940, in: Journal of European Social Policy 23, 37–51.

Frank Nullmeier, *1957, Prof. Dr. rer. pol., Leiter der Abteilung ›Theoretische und normative Grundlagen‹, SOCIUM – Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik, Universität Bremen
(frank.nullmeier@uni-bremen.de).

Zitationsvorschlag:

Nullmeier, Frank (2016): Rezension: Unterwegs zu einer vergleichenden Diskursgeschichte der Sozialpolitik. Daniel Béland und Klaus Petersen über die internationale Entwicklung der Sprache der Sozialpolitik. (Ethik und Gesellschaft 2/2016: Kritik des Helfens). Download unter:

https://dx.doi.org/10.18156/eug-2-2016_Rez_1 (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft
ökumenische zeitschrift für soziaethik

2/2016: Kritik des Helfens

Gisela Notz

Sind Freiwilligendienste geeignet, das Elend aus der Welt zu schaffen? Für andere etwas tun: Freiwilligendienste zwischen Ehrenamt und prekären Arbeitsverhältnissen

Holger Backhaus-Maul/Miriam Hörnlein

Ein kurzer erster Blick hinter die Legitimationsfassaden deutscher Gründerzeitbauten. Zum Engagement in der Freien Wohlfahrtspflege.

Anika Christina Albert

Fremd im vertrauten Quartier. Perspektiven einer kritischen Theologie des Helfens unter den Bedingungen von Alter(n), Demenz und Technik

Andreas Lob-Hüdepohl

»Ehrenamt ist Gold im Land!« Zur Kritik bürgerschaftlichen Engagements im Kontext der Behindertenhilfe

Gisela Kubon-Gilke

Endogene Werthaltungen und Ambivalenzen des Helfens

Gotlind Ulshöfer

Hilfe aus dem Netz? Zur Mediatisierung von Hilfe und ihrer Grenzen beim Crowdfunding

Clemens Wustmans

Veganer essen ihre Freunde nicht? Anfragen an den Absolutheitsanspruch der Motive veganer Lebensstile